

4 100 Unterschriften gegen Bahnausbau

Interessenvereinigungen aus Brachtal überreichen Bomba und Tauber ihre Erklärung / Allianz gebildet

Brachtal-Spielberg (dl). Weil sie „Kinder der Region“ und damit genauso Betroffene sind, haben sich die Bürgerinitiativen zum Projekt Bahnausbau auf der Strecke Frankfurt-Fulda mit Unterstützung des heimischen CDU-Bundestagsabgeordneten Dr. Peter Tauber an den Staatssekretär im Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur, Rainer Bomba, gewandt. Ziel war es, bei einem Treffen die Einwände zu den möglichen Trassen von den einzelnen Bürgerinitiativen persönlich vorzutragen und die von der gerade gegründeten Allianz gemeinsam verfassten Kritikpunkte und Lösungsansätze Schwarz auf Weiß sowie die bisher gesammelten 4 100 Unterschriften von besorgten Bürgern zu überreichen.

Nachdem der Hausherr, Bürgermeister Wolfram Zimmer, die Gäste im Dorfgemeinschaftshaus in Spielberg willkommen geheißen hatte, erklärte der Vorsitzende der Bürgerinitiative (BI) „Pro Brachtal“ und Sprecher der gebildeten Allianz, Volker Lemcke, den beiden Spitzenpolitikern, dass sowohl die Unterschriftenliste als auch die gemeinsam verfasste Erklärung der Allianz der Bürgerinteressengruppen noch nicht vollständig seien, da es sich in der Bewegung um einen Prozess handele, der noch nicht abgeschlossen sei. Immerhin vertrete die Allianz rund 60 000 Menschen, die bei Weitem noch nicht alle zu Wort gekommen, alle kritischen Fragen zum Thema Bahnausbau noch lange nicht ausdiskutiert worden seien.

Lemcke erklärte Staatssekretär Rainer Bomba und Dr. Peter Tauber, dass die Allianz beim Ausbau der Bahn auf der Strecke Frankfurt-Fulda zusammen mit Politik und der Bahn nach gemeinsamen Lösungen suchen wolle, deswegen habe man um dieses Treffen gebeten. Die Allianz gehe davon aus, dass die formulierten Einwände und Lösungsansätze nicht für die Ablage bestimmt seien, sondern dass sie vielmehr auf ein Mitspracherecht im Bereich der gemeinsam herausgearbeiteten Problemzonen bestehen werde. Tauber ermutigte die Bürgerinitiativen in ihrem Tun, da dies vom Gesetzgeber so gewollt



Volker Lemcke (mit Aktenordner) übergibt die Unterlagen im Beisein der Vertreter aller Bürgerinitiativen an Staatsminister Rainer Bomba und CDU-Bundestagsabgeordneten Dr. Peter Tauber.

FOTO: LÖCHL

sei. Der Grund, warum er sich für das Treffen mit Bomba eingesetzt habe und die Allianz der Bürgerinitiativen auch weiter unterstützen werde, sei die sachliche Diskussion und die friedliche Demonstration beim berechtigten Versuch, für die Umsetzung der eigenen Vorstellungen einzutreten. Auch Bomba bestärkte die Allianz in ihrem Anspruch, bei einem solch einschneidenden Projekt mitsprechen zu wollen. Man müsse gerade auch bei einem der teuersten derzeitigen Verkehrsprojekte darauf achten, dass Mensch und Natur nicht vernachlässigt werden.

Um den beiden Politikern einen Einblick in die Komplexität und die unterschiedlichen Problemzonen des Projekts aus Sicht der Betroffenen zu geben, hatte die vorher einberufene Versammlung beschlossen, dass jeweils ein Sprecher der folgenden zehn Bürgerinitiativen die Interessen seiner BI in einer kurzen Stellungnahme vertritt: „Keine weitere Bahntrasse durch Kalbach“, „Pro Brachtal“, „Pro Lebensraum am Rande des Vogelsbergs“, „Pro Wächtersbach“, „Keine Schnellbahn durch den Huttengrund“, „Pro Königreich

Flieden“, „Bahnfrees Rommerz“, „Bahnausbau Wächtersbach“, „Zu(g)kunft Kerzell“ und der Arbeitskreis „Verkehrskonzept, Lärmschutz und Bahn“ in Neuho-

Sechs Anforderungen der Allianz an den Bahnausbau

Trotz der unterschiedlichen Ansichten, Probleme und Ideen hätten die Bürgerinitiativen in diesem großem Kreis vor dem Treffen eine Allianz gebildet und eine gemeinsame Erklärung gefunden, an der weiter gearbeitet werde, stellte Lemcke folgende Anforderungen vor, die beim geplanten Bahnausbau zu berücksichtigen seien:

? Keine Neuzerschneidung von Landschaften und Lebensraum, Erhalt der Natur und des Landschaftsbildes unserer Heimat sowie zusammenhängender Lebensräume für Mensch und Natur.

? Keine Einzangung von Orten oder Ortsteilen zwischen Verkehrswegen.

? Systematische Untersuchung des viergleisigen Ausbaus der Bestandsstrecke von Gelnhausen bis Schlüchtern (Vorschrift Regional-

pläne Nord- und Südhessen 2009) unter dem Aspekt der Bündelung mit bestehenden Verkehrswegen (Eine detaillierte Betrachtung des Schutzgutes Mensch in den einzelnen Abschnitten muss gewährleistet sein.)

? Es ist darauf zu achten, den Knotenpunkt Schlüchtern in der Planung festzuschreiben, zum Beispiel, um eine abschnittsweise Planung/Errichtung zu ermöglichen.

? Transparente Bewertung der Varianten seitens der Bahn unter aktiver Beteiligung der Bürgerinitiativen, der Städte und Gemeinden.

? In jedem Fall modernste Schallschutzvorhaben an neuer und bestehender Strecke zur Erhaltung und Verbesserung der Wohn- und Lebensqualität der betroffenen Bürger auch während der Bauphase.

Peter Tauber, der nach eigenen Aussagen erstmals 1993 als Wächtersbacher Stadtverordneter mit dem Ausbau der Bahnstrecke beschäftigt war, bedankte sich bei allen Beteiligten, die sachlich ihre berechtigten Interessen vorgebracht hätten, ohne dabei die Notwendigkeit eines Streckenausbau-

auch wenn es den eigenen Lebensraum betreffe, zu ignorieren. Wie ernst man die steigende Lärmbelastung der Bürger an den Bahnstrecken seitens der Verantwortlichen nehme, würden die Anstrengungen zeigen, unabhängig von Neubauten das ehrgeizige Ziel zu verfolgen, die Lärmemission bei der Bahn bis 2020 auf die Hälfte zu reduzieren.

Bei all diesen Bemühungen, die Staatssekretär Bomba bestätigte, dürfe man jedoch nicht vergessen, dass die Region verkehrstechnisch mitten in Europa liege, und dass es trotz aller Anstrengungen nicht ohne Lärmbelästigung der Bürger gehe. Die könne man nur versuchen zu reduzieren, indem man die erforderlichen finanziellen Mittel bereitstelle und zum Beispiel einen Teil des Flugverkehrs auf die Schiene verlagere. Bomba versicherte, dass vor einer Entscheidung – bei Abwägung aller Interessen – die Bedürfnisse der Menschen im Vordergrund stehen müssten. Er sei auf jeden Fall bereit, die ihm aufgetragenen Stellungnahmen und Ideen weiterzutragen und, bei Bedarf, erneut persönlich an einem weiteren Treffen teilzunehmen.